

**Hamburger Studien  
zum Europäischen und Internationalen Recht**

---

**Band 36**

# **WTO und Umwelt Die Produkt-Prozess-Doktrin**

**Von  
Sebastian Puth**



**Duncker & Humblot · Berlin**

SEBASTIAN PUTH

WTO und Umwelt  
Die Produkt-Prozess-Doktrin

**Hamburger Studien**  
zum Europäischen und Internationalen Recht

Herausgegeben von  
Thomas Bruha, Meinhard Hilf, Hans Peter Ipsen †,  
Rainer Lagoni, Gert Nicolaysen, Stefan Oeter

**Band 36**

# WTO und Umwelt

## Die Produkt-Prozess-Doktrin

Von

Sebastian Puth



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2002 als Dissertation angenommen.

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme und Druck:  
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0945-2435  
ISBN 3-428-11150-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit zur Produkt-Prozess-Doktrin ist während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, Abteilung für Europäisches Gemeinschaftsrecht, entstanden. Das produktive Arbeitsumfeld, die hilfsbereiten Kolleginnen und Kollegen sowie die ausgezeichnete Infrastruktur des Lehrstuhls haben wesentlichen Anteil an ihrem Gelingen.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Meinhard Hilf. Er holte mich zur Mitarbeit im Bereich des Welthandelsrechts an seinen Lehrstuhl und gab mit seinen wissenschaftlichen Beiträgen zum Spannungsfeld WTO und Umwelt den Anstoß zu dieser Arbeit. Neben wohlwollender Unterstützung erhielt ich zudem den notwendigen Raum zur wissenschaftlichen Entfaltung. Daneben danke ich Herrn Professor Dr. Stefan Oeter für die Erstellung des Zweitgutachtens und eine Vielzahl gewinnbringender Diskussionen.

Im privaten Bereich bedanke ich mich von Herzen bei meinen Eltern, die mich großzügig unterstützt und immer wieder aufgemuntert haben, sowie bei meiner Familie. Für ihre Rückendeckung und Hilfsbereitschaft danke ich ferner der Familie Heuer. Besonderer Dank gebührt schließlich meiner Frau, Imke Heuer-Puth, deren Langmut und unerschütterliche Zuversicht mich immer wieder aufgerichtet und deren Diskussionsfreude und Einsatz die Arbeit auf allen ihren Entwicklungsstufen begleitet haben.

Uelzen, im März 2003

*Sebastian Puth*



# Inhaltsübersicht

## *Erster Teil*

<b>Problementfaltung</b>	29
A. Untersuchungsgegenstand .....	29
B. Einführende Überlegungen .....	34
C. Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz .....	38
D. Die Produkt-Prozess-Doktrin .....	64
E. Der Bericht des Appellate Body im Fall US – Shrimp .....	77
F. Zusammenfassung des ersten Teils .....	84

## *Zweiter Teil*

<b>Maßgebliche Grundwerte der Welthandelsordnung</b>	87
A. Die Präambel des WTO-Übereinkommens als Leitlinie .....	87
B. Die Welthandelsordnung als System zur Wohlfahrtssteigerung .....	95
C. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung .....	122
D. Ergebnisse des zweiten Teils .....	169

## *Dritter Teil*

<b>Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz im Recht der WTO</b>	171
A. Die Rechtsordnung der WTO .....	171
B. Die Anwendbarkeit von SPS- und TBT- Übereinkommen .....	205

C. „Öko-Dumping“ und indirekte Subventionierung .....	219
D. GATT 1994: Art. I, II, III, XI und XX .....	226
E. Ergebnisse des dritten Teils .....	361

*Vierter Teil*

<b>Endergebnis</b> .....	363
--------------------------	-----

<b>Verzeichnis der zitierten Berichte der Panel und des Appellate Body</b> .....	376
--	-----

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	380
-----------------------------------	-----

<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	399
----------------------------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

<b>Problementfaltung</b>	29
<b>A. Untersuchungsgegenstand</b>	29
I. Aussage der Produkt-Prozess-Doktrin	29
II. Anwendungsfall internationaler Umweltschutz	30
III. Erschütterung der Doktrin im Fall <i>US – Shrimp</i>	32
IV. Ziel und Gang der Untersuchung	32
<b>B. Einführende Überlegungen</b>	34
I. Globalisierung und die Büchse der Pandora	35
II. Die Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung	37
<b>C. Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz</b>	38
I. Aktuelle Beispiele nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen	38
1. Tier- und Artenschutz	38
2. Schutz der Wälder und der Ozonschicht	39
3. Umweltkennzeichen	40
4. Steuer auf Kohlendioxidemissionen	41
II. Allgemeine Begriffsklärungen	42
1. Produkte/Waren	42
2. Umwelt	42
3. Umweltbelastung	43
4. Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz	43

III. „Processes and production methods“ und Produktmerkmale .....	44
IV. Umweltbelastungen durch Produktion und Verbrauch .....	46
V. Integrierter Umweltschutz: Bekämpfung an der Quelle .....	47
VI. Innerstaatliche Instrumente des Umweltschutzes .....	49
VII. Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen: Erstreckung nichtproduktbezogener Umweltschutzanforderungen auf eingeführte Produkte .....	51
1. Der Begriff der nichtproduktbezogenen Handelsmaßnahmen .....	51
2. Motivation des Importstaates .....	53
a) Der Schutz der Umwelt .....	53
aa) Belegenheit der geschützten Umweltgüter .....	54
bb) Verfolgte Schutzinteressen .....	54
b) Der Ausgleich von Wettbewerbschancen .....	54
c) Die Verfolgung subjektiver Wertvorstellungen .....	55
3. Arten und Wirkungsweise nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen ....	57
a) Arten von Handelsmaßnahmen .....	57
b) Indirekte Wirkungsweise .....	57
c) Keine Alternative in Sicht .....	58
VIII. Nichtproduktbezogene <i>contra</i> produktbezogene Handelsmaßnahmen .....	59
1. Geschützte Umweltgüter .....	59
2. Mögliche Anknüpfungspunkte .....	61
3. Praktische Anwendungsprobleme .....	62
IX. Zusammenfassung .....	63
<b>D. Die Produkt-Prozess-Doktrin .....</b>	<b>64</b>
I. Die Wurzeln der Doktrin .....	64
1. Der Panel-Bericht im Fall <i>Belgian Family Allowances</i> .....	64
2. GATT-Studie „Industrial Pollution Control and International Trade“ .....	65
II. Ausprägung der Doktrin durch die Fälle <i>US – Tuna I</i> und <i>II</i> .....	66
1. Der zu Grunde liegende Sachverhalt .....	67
a) Tatsächlicher Hintergrund .....	67
b) Der Marine Mammal Protection Act .....	68
c) Der Dolphin Protection Consumer Information Act .....	68

Inhaltsverzeichnis	11
2. Der Bericht des Panels im Fall <i>US – Tuna I</i> .....	69
3. Der Bericht des Panels im Fall <i>US – Tuna II</i> .....	70
III. Aktueller Entwicklungsstand der Doktrin .....	71
1. Die Doktrin in der Sache – Tragende Argumente .....	72
a) Komparative Kostenvorteile .....	72
b) „Extraterritorialität“ .....	72
c) Unilateralismus vs. Kooperation .....	73
d) <i>Slippery slope &amp; Pandora’s box</i> .....	74
2. Die Doktrin in der Zeit – Entwicklungstendenzen .....	75
IV. Die Doktrin und ihre Kritiker .....	75
V. Zwischenergebnis .....	76
<b>E. Der Bericht des Appellate Body im Fall <i>US – Shrimp</i></b> .....	<b>77</b>
I. Der zu Grunde liegende Sachverhalt .....	77
1. Tatsächlicher Hintergrund .....	77
2. Die US-amerikanischen Vorschriften .....	78
II. Der Bericht des Panel .....	78
III. Der Bericht des Appellate Body .....	79
IV. Kommentare zum Bericht des Appellate Body .....	83
V. Vorläufige Einschätzung des Berichts .....	84
<b>F. Zusammenfassung des ersten Teils</b> .....	<b>84</b>

## *Zweiter Teil*

<b>Maßgebliche Grundwerte der Welthandelsordnung</b>	<b>87</b>
<b>A. Die Präambel des WTO-Übereinkommens als Leitlinie</b> .....	<b>87</b>
I. Aussage und Entwicklung der Präambel .....	87
II. Präambeln als Ausdruck der Grundwerte einer Rechtsordnung .....	88

III. Das GATT 1994: Alter Wein in neuen Schläuchen .....	89
IV. Schrittweise Integration des Nachhaltigkeitsgedankens .....	90
1. Einleitung des Prozesses in der Uruguay-Runde .....	90
2. Der Beschluss zu Handel und Umwelt .....	92
3. Die Arbeiten des Committee on Trade and Environment .....	94
4. Zwischenergebnis: Integration des Nachhaltigkeitsgedankens im Einzelfall .....	94
V. Schlussfolgerungen .....	95
<b>B. Die Welthandelsordnung als System zur Wohlfahrtssteigerung .....</b>	<b>95</b>
I. Philosophie der Welthandelsordnung .....	96
II. Triebfeder des Welthandels: Komparative Kostenvorteile .....	96
1. Tatsächliche Ursachen des Handels .....	97
a) Innerstaatliche Verfügbarkeit .....	97
b) Preisdifferenzen .....	97
c) Produktdifferenzierungen .....	98
2. Die Theorie der komparativen Kostenvorteile .....	98
a) Aussage der Theorie .....	98
b) Ursachen komparativer Kostendifferenzen .....	99
III. Wohlfahrtswirkungen des Freihandels – <i>The simple case for free trade</i> .....	100
IV. Wohlfahrtsökonomische Analyse nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen .....	101
1. Ansatz, Perspektiven, Konzepte und Erkenntniswert .....	101
a) Ansatz .....	101
b) Globale und nationale Wohlfahrtsperspektive .....	102
c) Konzepte .....	102
d) Erkenntniswert .....	103
2. Mikroökonomie: Marktversagen infolge externer Effekte .....	104
a) Begriff der externen Effekte .....	104
b) Arten und Abgrenzung externer Effekte .....	106
aa) Physische Externalitäten .....	106
bb) Psychologische Externalitäten .....	106
cc) Pekuniäre Effekte .....	107

c) Öffentliche Güter .....	107
aa) Der Begriff der öffentlichen Güter .....	107
bb) Negative externe Effekte und die „Tragik der Allmende“ .....	108
cc) Positive externe Effekte und das „Trittbrettfahrer-Problem“ .....	109
d) Internalisierung externer Effekte .....	110
3. Internationale externe Effekte .....	110
a) Beachtlichkeit physischer grenzüberschreitender Wirkungen .....	111
b) Internationale externe Effekte der Produktion .....	112
aa) Negative internationale Externalitäten .....	112
bb) Positive internationale Externalitäten? .....	114
c) Internalisierung negativer internationaler Externalitäten durch Handels- maßnahmen .....	115
aa) Das Problem der monetären Bewertung .....	115
bb) Die indirekte Wirkung .....	116
4. Schlussfolgerungen .....	118
V. Komparative Kostenvorteile und die Internalisierung internationaler Externalitäten .....	119
VI. Zusammenfassung des ökonomischen Arguments .....	121
<b>C. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung .....</b>	<b>122</b>
I. Nachhaltige Entwicklung als Grundprinzip der Welthandelsordnung .....	122
II. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung .....	122
1. Entwicklung und Grundgedanken des Konzepts .....	122
2. Rio-Deklaration und Agenda 21 .....	125
a) Allgemeine Grundtendenzen .....	126
aa) Anthropozentrischer Ansatz .....	126
bb) Integration von Umweltschutz und Entwicklung .....	126
cc) Langfristige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen .....	127
dd) Naturwissenschaftliche Fundierung und Vorsorgeprinzip .....	128
b) Kooperation – Verantwortlichkeit – Verursachung .....	129
aa) Kooperationspflicht .....	129
bb) Gemeinsame aber differenzierte Verantwortlichkeit .....	130
cc) „Shared resources“ – „Common heritage“ – „Common concern“ ...	131
(1) „Shared resources“ .....	131
(2) „Common heritage of mankind“ .....	132

(3) „Common concern of humankind“ .....	133
(4) Zusammenschau der Ansätze .....	133
dd) Verursacherprinzip .....	134
c) Einzelne Umweltschutzvorgaben .....	136
aa) Das allgemeine Schädigungsverbot .....	136
bb) Effektive einzelstaatliche Standardsetzung .....	137
cc) Produktionsseitige Umweltbelastungen .....	138
d) Internationaler Handel und nachhaltige Entwicklung .....	139
aa) Prinzip 12 der Rio-Deklaration .....	139
bb) Kapitel 2 der Agenda 21 .....	140
cc) Zwischenergebnis: Der Handel im Konzept der nachhaltigen Entwicklung .....	142
III. Ergebnis: Die Welthandelsordnung im Konzept der nachhaltigen Entwicklung	143
IV. Die Argumente der „Extraterritorialität“ und des Unilateralismus .....	144
1. Das Problem der „Extraterritorialität“ .....	144
a) Extraterritoriale Rechtswirkung als Kategorie des allgemeinen Völkerrechts .....	145
aa) Begriff und Funktion .....	145
bb) Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen: Extraterritoriale Wirkung? .....	146
b) Die Vorgaben des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung .....	147
c) Ergebnis .....	148
2. Unilateralismus vs. Kooperation .....	148
a) Der Begriff des Unilateralismus .....	149
b) Begründung und Inhalt einer Kooperationspflicht .....	150
aa) Rechtspflicht zur Kooperation nach allgemeinem Völkerrecht .....	150
bb) Die Vorgaben des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung .....	151
c) Ergebnis .....	152
V. Exkurs: Umweltschutzübereinkommen und Welthandelsordnung .....	153
1. Ebenen der Kooperation .....	153
a) Anerkennung der zu Grunde liegenden Schutzpolitik .....	153
b) Formulierung konkreter Schutzstandards .....	154
c) Einigung über die Durchsetzung der internationalen Standards .....	154
2. Überschneidung der Regelungsbereiche: Konflikt oder gedeihliches Nebeneinander? .....	155

Inhaltsverzeichnis	15
a) Die Beispiele des Montrealer Protokolls und der Wellington-Konvention	156
aa) Das Montrealer Protokoll .....	156
bb) Die Wellington-Konvention .....	156
b) Die Antwort des CTE .....	157
c) Die Frage des Vorrangs .....	158
aa) Die Konfliktregeln der <i>lex specialis</i> und der <i>lex posterior</i> .....	160
(1) Vorliegen eines Konflikts .....	160
(2) Die <i>Lex-posterior</i> -Regel .....	162
(a) Das zeitliche Aufeinanderfolgen .....	162
(b) Identischer Regelungsgegenstand .....	163
(3) Die <i>Lex-specialis</i> -Regel .....	165
bb) <i>Inter-se</i> -Abmachungen .....	166
d) Ergebnis .....	167
VI. Zusammenfassung des Arguments der nachhaltigen Entwicklung .....	167
<b>D. Ergebnisse des zweiten Teils</b> .....	<b>169</b>

### *Dritter Teil*

<b>Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz im Recht der WTO</b>	171
<b>A. Die Rechtsordnung der WTO</b> .....	<b>171</b>
I. Die Welthandelsordnung als Rechtsordnung .....	171
II. Die Welthandelsordnung als Teilordnung des Völkerrechts .....	172
III. Rechtsquellen des Welthandelsrechts .....	173
1. Primärrecht .....	174
a) Die WTO-Übereinkommen .....	174
b) Gewohnheitsrecht .....	175
aa) Internes Gewohnheitsrecht .....	175
bb) Allgemeines Völkergewohnheitsrecht .....	175
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	177
2. Sekundärrecht .....	178
3. Die Ergebnisse der Streitbeilegung .....	178
IV. Die Welthandelsordnung als Rechtssystem: Regeln und Prinzipien .....	180

V. Die Auslegung des WTO-Rechts .....	181
1. Überblick .....	181
2. Die allgemeine Auslegungsregel des Art. 31 WVRK .....	182
a) Ausgangspunkt: Die übliche Bedeutung .....	182
b) Der Zusammenhang der Bestimmungen .....	182
c) Auslegungsübereinkünfte und spätere Praxis .....	184
d) Zwischen den Parteien anwendbare Völkerrechtssätze .....	186
aa) „Any relevant rules of international law“ .....	186
bb) „Applicable in the relations between the parties“ .....	188
cc) Ergebnis .....	191
e) Sinn und Zweck .....	191
3. Die ergänzenden Auslegungsmittel des Art. 32 WVRK .....	192
4. Sonstige im Welthandelsrecht anerkannte Auslegungsregeln .....	193
a) Der Grundsatz der effektiven Vertragsauslegung .....	193
b) Grundsatz der souveränitätsfreundlichen Auslegung .....	194
c) Enge Auslegung von Ausnahmebestimmungen? .....	194
5. Zusammenfassung: Die Berücksichtigung des Umweltvölkerrechts bei der Auslegung des WTO-Rechts .....	195
a) Gewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze .....	195
b) Umweltschutzübereinkommen .....	195
aa) Parteienidentität .....	196
bb) Nichtidentischer Parteienkreis .....	196
(1) Das Vorgehen des Appellate Body .....	196
(2) Rechtliche Würdigung .....	198
(3) Geltung für alle WTO-Mitglieder .....	201
cc) Exkurs: Umweltschutzübereinkommen als internationale Standards	201
6. Schlussfolgerungen für die Auslegung des WTO-Rechts .....	203
VI. Zusammenfassung: Die Rechtsordnung der WTO .....	204
<b>B. Die Anwendbarkeit von SPS- und TBT-Übereinkommen .....</b>	<b>205</b>
I. Überblick .....	205
II. Das SPS-Übereinkommen und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen ...	206
1. Gesundheitspolizeiliche oder pflanzenschutzrechtliche Maßnahme .....	207

2. Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen als SPS-Maßnahmen? .....	207
3. Ergebnis: Das SPS-Übereinkommen ist nicht anwendbar .....	209
III. Das TBT-Übereinkommen und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen ...	209
1. Technische Vorschriften und Normen .....	209
a) Definitionen – Gemeinsamkeiten – Unterschiede .....	210
b) Nichtproduktbezogene Anforderungen erfasst? .....	210
aa) Denkbare Ansätze .....	211
bb) Die späte Einfügung des Wortes „related“ im Rahmen der Uruguay-Runde .....	212
cc) Der Beschluss des TBT Committee vom 14. Juli 1995 .....	213
dd) Das Verhältnis der S. 1 und 2 der Definitionen zueinander .....	214
ee) Kennzeichnung als Konformitätszeichen .....	216
ff) Schlussfolgerung .....	216
2. Umweltkennzeichen und der <i>Life-cycle</i> -Ansatz .....	217
IV. Zusammenfassung .....	218
<b>C. „Öko-Dumping“ und indirekte Subventionierung .....</b>	<b>219</b>
I. Geringe produktionsseitige Umweltschutzanforderungen als „Öko-Dumping“? .....	220
II. Geringe produktionsseitige Umweltschutzanforderungen als indirekte Subventionierung? .....	221
1. Der Begriff der Subvention .....	222
a) Finanzieller Beitrag des Staates .....	223
b) Einkommens- oder Preisstützung .....	224
c) Ergebnis .....	225
III. Zusammenfassung .....	226
<b>D. GATT 1994: Art. I, II, III, XI und XX .....</b>	<b>226</b>
I. Funktionsweise des GATT .....	226
1. Die Verpflichtungen im Überblick .....	226
2. Kein allgemeines Recht auf Marktzugang .....	228
3. Die Ausnahmen .....	229
4. Zusammenspiel von Verpflichtungen und Ausnahmen .....	230

II. Die Verpflichtung des Art. III – Inländerbehandlung hinsichtlich Steuern und interner Vorschriften .....	230
1. Grundlagen .....	231
a) Sinn und Zweck .....	231
b) Struktur .....	231
c) Stellung im GATT .....	232
2. Artikel III:4 – Nichtproduktbezogene interne Vorschriften .....	233
a) „Laws, regulations and requirements“ .....	233
aa) Weite Auslegung .....	233
bb) Abgrenzung zu Art. XI .....	234
cc) Nichtproduktbezogene Anforderungen als interne Vorschriften .....	237
b) „Like products“ .....	238
aa) Objektiver <i>contra</i> subjektiver Ansatz .....	239
(1) Objektiver Ansatz .....	239
(2) Subjektiver Ansatz .....	240
(3) Hintergrund und vorläufige Erörterung des Meinungsstreits .....	241
(4) Der Bericht des Appellate Body im Fall <i>EC – Asbestos</i> .....	243
(5) Ergebnis .....	245
bb) „Like products“ und nichtproduktbezogene PPMs .....	246
c) „Treatment no less favourable“ .....	248
aa) Herleitung einer Arbeitsdefinition .....	249
bb) <i>De-iure</i> - und <i>De-facto</i> -Diskriminierung .....	249
cc) Die Wahl der richtigen Vergleichsgruppen .....	250
dd) Weniger günstige Behandlung durch nichtproduktbezogene Anforderungen .....	251
d) Ergebnis: Art. III:4 und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen .....	255
3. Artikel III:2 S. 1 – Nichtproduktbezogene Umweltabgaben .....	256
a) „Internal taxes or other internal charges of any kind“ .....	257
aa) Begriff der internen Abgaben .....	257
bb) Abgrenzung zu Zöllen und zollgleichen Abgaben .....	257
cc) Nichtproduktbezogene Umweltabgaben und das Konzept des <i>border tax adjustment</i> .....	259
(1) Problemfaltung .....	259
(2) Das Konzept des <i>border tax adjustment</i> .....	260
(a) Der Grundgedanke des Konzepts .....	260
(b) Die einzelnen Vorschriften .....	262
(c) Die wirtschaftliche Grundannahme .....	263

(d) Besteuerung nichtproduktbezogener PPMs – Ausgleichsfähig? .....	264
(aa) Berichte der Working Parties aus den Jahren 1955 und 1970 .....	264
(bb) Auswertung der normativen Ansatzpunkte .....	265
(3) Zwischenergebnis .....	267
dd) Nichtproduktbezogene Umweltsteuern als interne Steuern .....	269
b) „Like domestic products“ .....	269
aa) Innere Struktur des Art. III:2 .....	269
bb) Verhältnis zum Begriff des <i>like product</i> in Art. III:4 .....	270
cc) Die maßgeblichen Kriterien .....	271
dd) „Like domestic products“ und nichtproduktbezogene PPMs .....	273
c) „In excess of“ .....	273
d) Ergebnis: Artikel III:2 S. 1 und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen .....	275
4. Gesamtergebnis zu Artikel III .....	276
III. Die Verpflichtung des Artikels XI:1 – Verbot nichttarifärer Handelshemmnisse an der Grenze .....	276
1. Grundlagen .....	277
2. „Prohibitions or restrictions other than duties, taxes or other charges“ .....	278
a) Verbot nichttarifärer Handelshemmnisse an der Grenze .....	278
b) Abgrenzung zu Artikel III:4 .....	279
c) Anwendung des Verbots .....	279
3. Ergebnis: Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen und Artikel XI:1 .....	280
IV. Die Verpflichtung des Artikels II:1(b) S. 2 – Zollgleiche Abgaben zum Umweltschutz .....	280
1. Grundlagen: Die Bindung von Zöllen und zollgleichen Abgaben .....	280
2. „All other duties or charges of any kind“ .....	281
a) Zölle und zollgleiche Abgaben .....	281
b) Abgrenzung zu internen Steuern .....	281
c) Nichtproduktbezogene Umweltabgaben als zollgleiche Abgaben .....	282
3. Rechtsfolgen .....	282
V. Die Verpflichtung des Artikels I:1 – Meistbegünstigung hinsichtlich Zöllen, zollgleicher Abgaben und interner Maßnahmen .....	283
1. Grundlagen .....	283

2. Artikel I:1 – Zolldifferenzierungen zum Umweltschutz .....	284
a) Hintergrund: Die Zollpolitik des GATT .....	284
aa) Zolldifferenzierungen und das GATT .....	284
bb) Die Zollnomenklatur des Harmonisierten Systems .....	285
cc) Funktion von Art. I:1 .....	286
b) „Customs duties and charges of any kind“ .....	287
c) „Any advantage, favour, privilege or immunity“ .....	287
d) „Like product“ .....	288
e) „Shall be accorded immediately and unconditionally“ .....	291
aa) Gleichbehandlungsgebot .....	291
bb) Wahl der richtigen Vergleichspunkte .....	292
cc) Diskriminierung durch nichtproduktbezogene Umweltzölle .....	293
f) Ergebnis: Nichtproduktbezogene Umweltzölle und Meistbegünstigung ..	293
3. Artikel I:1 – Zollgleiche Abgaben zum Umweltschutz .....	294
4. Artikel I:1 i.V.m. Artikel III:2 und III:4 – Interne Maßnahmen zum Umweltschutz .....	294
5. Ergebnis: Artikel I:1 und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen .....	295
VI. Die allgemeinen Ausnahmen des Artikels XX .....	295
1. Anwendung von Artikel XX .....	295
a) Artikel XX als Ausnahmebestimmung .....	295
b) Enge Auslegung der Ausnahmen des Artikels XX? .....	296
c) Zu rechtfertigende Maßnahmen .....	298
d) Zweigliedrige Struktur des Artikels XX .....	298
2. Vorläufige Rechtfertigung nach Artikel XX (b) und (g) .....	300
a) Anwendung der Ausnahmen .....	300
b) Schutzgut Umwelt? .....	300
c) Vorläufige Rechtfertigung nach Artikel XX(b) .....	301
aa) „[Measures] to protect human, animal or plant life or health“ .....	302
(1) Menschen, Tiere oder Pflanzen .....	302
(2) Belegenheit der Schutzgüter und Abgrenzung zu Artikel XX(g) .....	302
(a) Offener Wortlaut .....	302
(b) Das Argument der Verhandlungsgeschichte .....	303
(c) Kontext: Die weiteren Ausnahmen des Artikels XX .....	303
(d) Kontext: Das SPS-Übereinkommen .....	304
(e) Sinn und Zweck .....	304
(f) Schlussfolgerung .....	305

(3) Vorliegen einer Gefahr für Menschen, Tiere oder Pflanzen: <i>Science-Test</i> .....	306
(4) Design der ergriffenen Maßnahme .....	307
(a) Abgrenzung zu anderen Zielsetzungen .....	307
(b) Unmittelbare oder mittelbare Schutzwirkung? .....	308
bb) „Necessary“ .....	309
(1) <i>Least-trade-restrictive-Test</i> ? .....	309
(2) Weites Verständnis von „necessary“ .....	311
cc) Ergebnis zur vorläufigen Rechtfertigung nach Artikel XX(b) .....	312
d) Vorläufige Rechtfertigung nach Artikel XX(g) .....	312
aa) „[Measures relating to the] conservation of exhaustible natural resources“ .....	313
(1) <i>Exhaustible natural resources</i> – Auch lebende Ressourcen erfasst .....	313
(2) Belegenheit der Ressourcen .....	315
(3) „Exhaustible“ – Vorliegen einer tatsächlichen Gefährdung .....	316
(4) Design der ergriffenen Maßnahme .....	318
bb) „Relating to the Conservation“ .....	318
(1) <i>Primarily-aimed-at-Test</i> ? .....	318
(2) Weites Verständnis des Appellate Body .....	318
(3) Zwischenergebnis .....	319
cc) „If such measures are made effective in conjunction with restrictions on domestic production or consumption“ .....	320
(1) Innerstaatliche Beschränkungen .....	320
(2) „Made effective in conjunction with“ .....	320
(a) Enges Verständnis i.S.v. „primarily aimed at“? .....	320
(b) Weites Verständnis als Erfordernis der „even-handedness“ .....	321
(c) Zwischenergebnis .....	321
dd) Ergebnis zur vorläufigen Rechtfertigung nach Artikel XX(g) .....	322
e) Ergebnis der vorläufigen Rechtfertigung nach Artikel XX(b) und (g) .....	322
3. Die Anforderungen der <i>Chapeau</i> -Klausel .....	323
a) Anwendung der <i>Chapeau</i> -Klausel .....	323
aa) Erzielung eines umfassenden Ausgleichs .....	324
bb) Erzielung eines verhältnismäßigen Ausgleichs .....	325
cc) Die Bedeutung der einzelnen Standards .....	326
dd) Zusammenfassung .....	328
b) Kein <i>A-priori</i> -Ausschluss nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen ..	328
aa) Der Bericht des Appellate Body im Fall <i>US – Shrimp</i> .....	328
bb) Erläuterungen und weiterführende Überlegungen .....	329

c) „Unjustifiable discrimination between countries where the same conditions prevail“ .....	331
aa) Unilaterales Vorgehen <i>contra</i> Kooperation .....	331
(1) Grundsatz: Unilaterale Wahrnehmung der Ausnahmen .....	332
(2) Auslösende Umstände und Inhalt einer Kooperationspflicht ....	332
(a) Das wohlfahrtsökonomische Argument für Kooperation ...	332
(b) Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung: Internationale Umweltprobleme .....	334
(c) Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung: Differenzierte Verantwortlichkeit .....	335
(d) Ergebnis: Auslösende Umstände und Inhalt einer Kooperationspflicht .....	336
(3) Rechtsfolgen der erfolgreichen Kooperation .....	337
(a) Rechtsfolgen im Verhältnis der Vertragsparteien .....	337
(aa) Das Umweltschutzübereinkommen sieht Handelsmaßnahmen vor .....	337
(bb) Das Umweltschutzübereinkommen schließt Handelsmaßnahmen aus .....	339
(cc) Das Umweltschutzübereinkommen enthält keine Handelsregelung .....	339
(b) Rechtsfolgen im Verhältnis zu Nichtvertragsparteien .....	340
(4) Ergebnis: Unilaterales Vorgehen <i>contra</i> Kooperation .....	341
bb) Erforderlichkeit – <i>Least-trade-restrictive-Test</i> .....	341
(1) Herleitung des Erforderlichkeitskriteriums .....	342
(2) Anwendung des Erforderlichkeitskriteriums .....	343
cc) Berücksichtigung der Produktionsbedingungen im Staat der Produktion .....	344
(1) Vorgaben des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung .....	344
(2) Ökonomische Betrachtung .....	345
(3) Parallele Wertungen in SPS- und TBT-Übereinkommen .....	346
(4) Zusammenfassung .....	347
dd) Anknüpfung an staatliche Standards oder die konkrete Herstellungsweise? .....	347
(1) <i>Rectification-at-source</i> -Prinzip .....	347
(2) Umweltpolitische Zielgenauigkeit .....	348
(3) Funktionsbedingungen der Praxis .....	348
(4) Schlussfolgerungen .....	350
d) „Arbitrary Discrimination“ .....	350
aa) Transparenz, <i>due process &amp; basic fairness</i> – Herleitung der Vorgaben .....	351
bb) Die Anforderungen des Art. X .....	352
cc) Zusammenfassung .....	354

Inhaltsverzeichnis	23
e) „Disguised restriction on international trade“ .....	354
aa) Streitbeilegungspraxis unter dem GATT 1947 .....	354
bb) Streitbeilegungspraxis im Rahmen der WTO .....	355
cc) Schlussfolgerungen .....	356
dd) Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen als verschleierte Handelsbeschränkungen? .....	357
f) Die Anforderungen der <i>Chapeau</i> -Klausel: Ergebnisse .....	358
4. Art. XX und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz .....	359
VII. Das GATT 1994 und nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz .....	360
<b>E. Ergebnisse des dritten Teils</b> .....	<b>361</b>
 <i>Vierter Teil</i> 	
<b>Endergebnis</b>	363
<b>Verzeichnis der zitierten Berichte der Panel und des Appellate Body</b> .....	<b>376</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>380</b>
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	<b>399</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
Agenda 21	angenommen in Rio de Janeiro am 14. Juni 1992 (UN Dok., Report of the UN Conference on Environment and Development, A/CONF.151/26/Rev. 1 (vol. 2), S. 9)
AJIL	American Journal of International Law
AJPIL	Austrian Journal of Public and International Law
Antidumping-Übereinkommen	Übereinkommen zur Durchführung des Art. VI des GATT 1994
Art.	Artikel
AUILR	American University International Law Review
AUJILP	American University Journal of International Law and Policy
AVR	Archiv des Völkerrechts
Baseler Übereinkommen	Baseler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. II 1994, S. 2704)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BISD	Basic Instruments and Selected Documents
BTA	Border tax adjustment
BYIL	The British Yearbook of International Law
CBD	Convention on Biological Diversity ( <i>siehe</i> Konvention über biologische Vielfalt)
CILJ	Cornell International Law Journal
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora ( <i>siehe</i> Washingtoner Artenschutz-übereinkommen)
CML Rev.	Common Market Law Review
CSD	Commission on Sustainable Development
CTE	Committee on Trade and Environment
Dok.	Dokument
DPCIA	Dolphin Protection Consumer Information Act
DSB	Dispute Settlement Body
DSU	Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes

DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EC	European Communities
ed. / eds.	editor / editors
EEC	European Economic Community
EELR	European Environmental Law Review
EFAR	European Foreign Affairs Review
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EMIT-Gruppe	Group on Environmental Measures and International Trade
ESA	Endangered Species Act
ETP	Eastern Tropical Pacific Ocean
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FDLJ	Food and Drug Law Journal
Fn.	Fußnote
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GIELR	Georgetown International Environmental Law Review
GYIL	German Yearbook of International Law
Harmonisiertes System	Internationales Übereinkommen über das Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (BGBl. II 1986, S. 1067; ABl. EG 1987 Nr. L 198 / 3)
HILJ	Harvard International Law Journal
Hrsg.	Herausgeber
HS	Harmonisiertes System
IATTC	Inter-American Tropical Tuna Commission
ICCAT	Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
IISD	International Institute for Sustainable Development
ILA	International Law Association
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization
Inter-American Convention	Inter-American Convention for the Protection and Conservation of Sea Turtles
i.S.d.	im Sinne des / im Sinne der

i.S.v.	im Sinne von
ITO	International Trade Organization
ITTO	International Tropical Timber Organization
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JIEL	Journal of International Economic Law
JSEBL	Journal of Small and Emerging Business Law
Jura	Juristische Ausbildung
JWT	Journal of World Trade
Klimarahmenkonvention	Rahmenkonvention der Vereinten Nationen zur Klima- veränderung (BGBl. 1993 II, S. 1783)
Konvention über bio- logische Vielfalt	angenommen in Rio de Janeiro am 5. Juni 1992 (BGBl. 1993 II, S. 1741; ILM 31 (1992), S. 818)
Kyoto-Protokoll	Kyoto-Protokoll zur Klimarahmenkonvention (ILM 37 (1998), S. 32)
Max Planck UNYB	Max Planck United Nations Yearbook
MEAs	Multilateral Environmental Agreements
MJGT	Minnesota Journal of Global Trade
MMPA	Marine Mammal Protection Act
Mondvertrag	Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (öBGBl. 1984, S. 1770; ILM 18 (1979), S. 1434)
Montrealer Protokoll	Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1988 II, S. 1014; 1991 II, S. 1332; 1993 II, S. 2183; 1998 II, S. 2691 und 2733)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr. / no.	Nummer / number
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
öBGBl.	Österreichisches Bundesgesetzblatt
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
para.	paragraph
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PPMs	Processes and Production Methods
RECIEL	Review of European Community and International Envi- ronmental Law
Rep.	Report / reports
Res.	Resolution
Rio-Deklaration	Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung (UN Dok., Report of the UN Conference on Environment and Devel- opment, A/CONF.151/26/Rev.1 (vol. 2), S. 3; ILM 31 (1992), S. 874)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft

Rn.	Randnummer
S.	Seite / Satz / Sätze
SCLR	Southern California Law Review
SCM Agreement	Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
Seerechtskonvention	angenommen in Montego Bay am 10. Dezember 1982 (BGBl. II 1994, S. 1799; ILM 21 (1982), S. 1261)
ser.	series
Sp.	Spalte
SPS-Übereinkommen	Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Subventions-Übereinkommen	Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
TBT-Übereinkommen	Agreement on Technical Barriers to Trade
TEDs	Turtle Excluder Devices
TREMs	Trade-Related Environmental Measures
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
UCLR	University of Chicago Law Review
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea ( <i>siehe</i> Seerechtskonvention)
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change ( <i>siehe</i> Klimarahmenkonvention)
UNTS	United Nations Treaty Series
UPJIEL	University of Pennsylvania Journal of International Economic Law
US	United States
vol.	volume
vs.	versus
Wahlfang-Konvention	Internationales Übereinkommen zur Regelung des Wahlfangs (BGBl. II 1982, S. 558; <i>Hohmann</i> (ed.), Basic Documents, vol. 3, S. 1291)
Washingtoner Artenschutzabkommen	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES) (BGBl. II 1975, S. 773; ILM 12 (1973), S. 1085)
WCED	World Commission on Environment and Development
Wellington-Konvention	Convention for the Prohibition of Fishing with Long Driftnets in the South Pacific (ILM 29 (1990), S. 1449; <i>Hohmann</i> (ed.), Basic Documents, vol. 3, S. 1310)

Weltraumvertrag	Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (BGBl. 1969 II, S. 1968)
WLLR	Washington and Lee Law Review
WTO	World Trade Organization
WTO-Übereinkommen	Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO)
WVRK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YHRDLJ	Yale Human Rights and Development Law Journal
YIEL	Yearbook of International Environmental Law
YJIL	Yale Journal of International Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europäische Studien
ZLR	Zeitschrift für Lebensmittelrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

„Although only recently recognized in GATT case-law, it has long been assumed that the only kind of product distinction that can be recognized [...] is a distinction based on the qualities of the products themselves [...]. Under this so-called ‚product-process‘ doctrine, product distinctions based on characteristics of the production process, or of the producer, that are not determinants of product characteristics are simply viewed as *a priori* illegitimate.“

*Robert E. Hudec*<sup>1</sup>

### *Erster Teil*

## **Problementfaltung**

### **A. Untersuchungsgegenstand**

Zur Einleitung der vorliegenden Bearbeitung zur Produkt-Prozess-Doktrin im Welthandelsrecht sollen zunächst Gegenstand, Ziel und Gang der Untersuchung skizziert werden.

#### **I. Aussage der Produkt-Prozess-Doktrin**

Die von *Robert E. Hudec* als Produkt-Prozess-Doktrin bezeichnete Unterscheidung zwischen dem im internationalen Handel befindlichen Produkt und den im Herkunftsland bei der Herstellung vorherrschenden Umständen und verwendeten Produktionsverfahren gehört schon seit den Anfängen der Welthandelsordnung zu den Grundfesten der Dogmatik des GATT. Obwohl an keiner Stelle des GATT oder der weiteren WTO-Übereinkommen positiv niedergelegt, ist man sich einig: Während staatliche Handelsbeschränkungen, die an Merkmale eines Produkts anknüpfen (produktbezogene Handelsmaßnahmen), grundsätzlich als mit den Vorschriften des Welthandelsrechts in Einklang stehend betrachtet werden, sei das Anknüpfen an besondere Kennzeichen der Herstellung, die sich im Produkt selber nicht niedergeschlagen haben (nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen), von vornherein rechtswidrig. Als schon klassisch zu nennende Beispiele für nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen dienen die den Thunfisch-Fällen zu Grunde liegenden Import-

---

<sup>1</sup> *Hudec*, *Essays on the Nature of International Trade Law*, S. 364 f.; vgl. auch *Hudec*, in: *Bronckers/Quick* (eds.), S. 187.

verbote für Thunfische und Thunfischprodukte, die allein wegen des hohen Beifangs von Delfinen mit den Importverboten belegt worden waren. Hier bedeuteten nicht die gehandelten Thunfische als solche, sondern ausschließlich die verwendeten Fangmethoden eine Gefährdung für die Umwelt. Entsprechende Maßnahmen seien *a priori* rechtswidrig.

So klar und eindeutig die Aussage der Produkt-Prozess-Doktrin auf den Punkt gebracht werden kann, so uneinheitlich und verworren stellt sich das Spektrum der zu dieser Aussage führenden Überlegungen und Argumente dar. Eine welthandelsrechtlich schlüssige Herleitung fehlt fast vollständig. Stattdessen wird nichtproduktbezogenen Handelsmaßnahmen überwiegend mit mehr oder weniger allgemeinen Hinweisen auf ihre „extraterritoriale“ Reichweite oder den Sinn und Zweck der Welthandelsordnung vollständig die Daseinsberechtigung in einem auf internationale Arbeitsteilung ausgerichteten Handelssystem abgesprochen. Unklar ist ferner der Stellenwert zwischenstaatlicher Übereinkommen zum Umweltschutz: Kann sich hieraus im Einzelfall eine Rechtfertigung nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen ergeben? Diese unter den Stichworten des Unilateralismus und der Kooperation gehandelte Fragestellung ist in jüngerer Zeit zu einem festen Bestandteil der Diskussion um nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen geworden. Diese und weitere Fragen im Zusammenhang nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz werden im Folgenden zu untersuchen sein.

## II. Anwendungsfall internationaler Umweltschutz

Die Produkt-Prozess-Doktrin in ihrer heutigen Form ist maßgeblich durch die Berichte der Panel in den Fällen *US – Tuna I* und *II* geprägt worden. Ihr primärer Anwendungsfall liegt dementsprechend im Bereich des internationalen Umweltschutzes, genauer der Verwendung nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen zu Zwecken des Umweltschutzes. Gleichgelagerte Fragestellungen ergeben sich aber auch bei Handelsbeschränkungen zum Schutz anderer nichtwirtschaftlicher Interessen.<sup>2</sup> Besondere Aufmerksamkeit haben insoweit Handelsmaßnahmen zur Durchsetzung international anerkannter Sozialstandards und Menschenrechte erfahren.<sup>3</sup> In allen diesen Fällen wird der Handel eines Produkts staatlicherseits beschränkt, um eine Änderung der Produktionsumstände im Herkunftsland hin zu höheren Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu erreichen. Das Produkt selbst ist hierbei – jedenfalls hinsichtlich der zu schützenden nichtwirtschaftlichen Interessen – vollständig unbedenklich. Die Handelsbeschränkung dient nicht zuletzt als Mittel zum Aufbau wirtschaftlichen Drucks auf die Entschei-

<sup>2</sup> *Strauss*, UPJIEL 19 (1998), S. 769.

<sup>3</sup> Hierzu *Leary*, in: Bhagwati/Hudec (eds.), S. 177 ff.; *Elliot*, in: Schott (ed.) S. 165 ff.; *Reuß*, Menschenrechte durch Handelssanktionen; *McCrudden*, JIEL 2 (1999), S. 3 ff.; *Stern*, in: Bronckers/Quick (eds.), S. 425 ff.

dungsträger im Herkunftsland, um diese zu einer schonenderen Produktionsweise zu bewegen.

Gleichwohl beschränkt sich die vorliegende Bearbeitung auf den Bereich der umweltschutzpolitisch motivierten Handelsmaßnahmen ohne Produktbezug und lässt die Debatte um die Durchsetzung sonstiger nichtwirtschaftlicher Interessen, insbesondere von Sozialstandards und Menschenrechten, außen vor. Hierfür lassen sich zumindest fünf Gründe anführen:

- (1) Für den Umweltschutz finden sich im Unterschied zu Fragen der Sozial- und Menschenrechtsstandards weitgehende normative Ansatzpunkte im Recht der WTO.
- (2) Die Produkt-Prozess-Doktrin hat ihre maßgebliche Ausprägung im Bereich des Umweltschutzes erfahren. In diesem Rahmen besteht ein breiter wissenschaftlicher Diskurs über die Legitimität nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen.
- (3) In internationalen Umweltschutzübereinkommen werden Handelsmaßnahmen mit und ohne Produktbezug zunehmend zur Durchsetzung der Verpflichtungen vorgesehen. So ist etwa in Art. 4 Abs. 4 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, die Möglichkeit angelegt, Handelsmaßnahmen gegen Produkte zu ergreifen, die zwar selbst keine ozonschichtschädigenden Stoffe enthalten, bei deren Produktion aber solche verwendet worden sind.<sup>4</sup>
- (4) Die umweltschädliche Produktion hat regelmäßig handfeste grenzüberschreitende Auswirkungen (*physical spillovers*) auf die Umwelt anderer Staaten und globale Umweltgüter. Die Missachtungen international anerkannter Sozial- und Menschenrechtsstandards bleibt in ihren physischen Auswirkungen hingegen auf das Herkunftsland beschränkt.<sup>5</sup>
- (5) Schließlich steht gerade für Fragen der Sozialstandards mit der International Labour Organization (ILO) eine schlagkräftige internationale Organisation zur Verfügung, während eine vergleichbar starke Umweltschutzorganisation fehlt.

Die vorliegende Bearbeitung ist aus diesen Gründen auf den Einsatz nichtproduktbezogener Handelsmaßnahmen zum Umweltschutz beschränkt. Allein in diesem Kontext soll die Berechtigung der Produkt-Prozess-Doktrin untersucht werden. Nichtproduktbezogene Handelsmaßnahmen zur Durchsetzung international anerkannter Sozial- und Menschenrechtsstandards werden dabei allenfalls zu Zwecken der Abgrenzung oder aber vergleichend zur Überprüfung der gefundenen Ergebnisse berücksichtigt.

---

<sup>4</sup> Ausführlich hierzu im zweiten Teil C.V.2.a)aa).

<sup>5</sup> Hierauf verweisen *Howse/Regan*, EJIL 11 (2000), S. 283 f.; *Bhagwati*, in: van Dijk / Faber (eds.), S. 39.